

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 1 • 72. JG, MÄRZ 2021

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Wie rechtsextrem sind die Corona-Aufmärsche?

Seite 4

Gesellschaft:

Die Corona-Krise als Brennglas gesellschaftlicher Spaltungen

Seite 4

Sprache:

Wie Rechtsextreme mit Sprache die Gesellschaft spalten

Seite 11

Impfen:

Über die Impfstrategie in Südosteuropa

Seite 13

MEIN BONUS

Für mich soll's viele Punkte regnen.

Punkte sammeln und regionale Vorteile abstauben.

Der Kundenklub der Energie AG ist voller Heimvorteile und attraktiver Angebote. Jetzt registrieren, punkten und gewinnen!

www.energieag.at/meinbonus

Barbara Haas,
WTA-Tennisprofi



ENERGIE AG
Oberösterreich

Wir denken an morgen



WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Sie sind auf der Suche nach einem Wohlfühlraum, in dem Ihr Seminar, Ihre Besprechung, Sitzung oder Präsentation **unter Berücksichtigung der Corona-Maßnahmen** stattfinden kann? Wir im Central Linz bieten Ihnen ideale Bedingungen für Ihr Event.



Eben noch direkt auf der Landstraße und keine zehn Schritte weiter in einer echten Großstadtoase. Nutzen Sie unsere 300 m² als Spielwiese für Ihre Ideen.



www.centrollinz.at
office@centrollinz.at
+43 (0) 5 7726 1199



Folgen Sie uns auf Facebook & Instagram // @centrollinz

Alle Infos zu den Veranstaltungen & zur Vermietung unter www.centrollinz.at

Landstraße 36 | 4020 Linz | office@centrollinz.at | +43 5 7726 1199

Ursache und Wirkung

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



O b die Corona-Toten *mit* oder *am* Virus gestorben sind, gehört zu den seltsamen Begleitdiskussionen der Corona-Pandemie. Jene, die den Virus verharmlosen, verweisen darauf, dass die Betroffenen aufgrund von Vorerkrankungen oder ihres hohen Alters ihr Leben verloren und den Corona-Virus nur nebenbei im Körper gehabt hätten. Die dokumentierte Übersterblichkeit und die Untersuchungen von PathologInnen, wonach 85 Prozent der Corona-Toten tatsächlich *am* Virus gestorben sind, werden ignoriert.

An dieser Stelle soll jedoch keine virologische Debatte geführt werden, sondern es geht um eine Analogie: Die Streitfrage, die hier im individuell-medizinischen Bereich entbrennt, taucht dort auf gesellschaftlicher Ebene erneut auf: Sind die gesellschaftlichen Probleme *Folgen* der Corona-Pandemie bzw. den Schutzmaßnahmen oder macht Corona vorhandene Probleme erst deutlich *sichtbar*? Und

hierbei fällt die Antwort schon nicht mehr so eindeutig aus.

Zur Illustration zwei Beispiele: Das Arbeitslosengeld in Österreich ist zu niedrig – allerdings seit vielen Jahren. Jetzt wird diese sozialstaatliche Schwachstelle sichtbar, da wegen der Corona-Maßnahmen die Arbeitslosigkeit massiv gestiegen ist. Die niedere Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes wird aufgrund der fehlenden Nachfrage von einem individuellen Problem der Arbeitslosen nun auch ein volkswirtschaftliches Thema. Seit Jahren weiß man, dass die Schulen auf die Digitalisierung nicht oder schlecht vorbereitet sind. Der Fernunterricht während der Lockdowns hat das Problem nun überdeutlich ins Bewusstsein gerückt.

Gegen diese gesellschaftlichen Mängel und Ungerechtigkeiten hilft keine Corona-Impfung und sie werden auch nicht mit der Pandemie verschwinden – sie müssen politisch beseitigt werden.

Inhalt

- 4 Gesellschaft:** Über die Corona-Krise als Brennglas gesellschaftlicher Spaltungen schreibt Georg Hubmann.

- 6 USA:** Erfolgsgeheimnis und Zukunftsaussichten des Trump'schen Politikprojekts in der gespaltenen amerikanischen Gesellschaft analysiert Bernd Dobsberger.

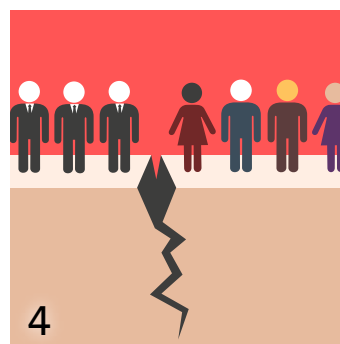
- 8 Rechtsextremismus:** Wie rechtsextrem die Aufmärsche der Corona-LeugnerInnen sind, deckt Michael Bonvalot auf.

- 10 EU:** Eine Gefahr für die europäische Rechtsstaatlichkeit durch die autoritären Umtriebe in Ungarn und Polen ortet Rebecca Kampl.

- 11 Sprache:** Wie Rechtsextreme mit Sprache die Gesellschaft spalten, erklärt Natascha Strobl.

- 12 Brexit:** Dass der Brexit nicht die Ursache für die gesellschaftliche Spaltung in Großbritannien ist, sondern deren Ausdruck, weiß Melanie Sully.

- 13 Impfen:** Über den Impffortschritt gegen Corona in Südosteuropa berichtet Merima Zukan.



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844

ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobsberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 01/21, März, SPÖ OÖ-Info-Nr. 1/2021, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Gesellschaftliche Spaltungen und politische Antworten

Die Corona-Krise gilt als Brennglas für gesellschaftliche Veränderungen: Ungleichheit und Unsicherheit nehmen zu. Die fortschreitende gesellschaftliche Spaltung wird zur Herausforderung für die Politik.

GEORG HUBMANN

Pandemien waren immer schon Ausgangspunkte für weitreichende gesellschaftliche Veränderungen. Nicht nur weil Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit und für den Schutz der Bevölkerung besondere Regeln und heftig diskutierte Einschränkungen der Grundrechte mit sich brin-

„Pandemien waren immer schon Ausgangspunkte für weitreichende gesellschaftliche Veränderungen.“

gen, sondern auch weil damit einhergehende wirtschaftliche Sorgen und Nöte die Zukunftshoffnungen vieler Menschen trüben.

Beides zusammen bringt uns in eine gesellschaftliche Situation, in der Unsicherheit und Ungleichheit zunehmen und damit der Wunsch nach Veränderung und mehr Sicherheit wächst. Die Auseinandersetzung darüber, in welche

Die fortschreitende gesellschaftliche Spaltung während der Corona-Krise wird zur Herausforderung für die Politik.



Richtung es politisch gehen soll, wird entscheidend. Nachfolgend ein paar wichtige Felder der Auseinandersetzung.

Globalisierung und Unsicherheit

Globalisierungskritik gibt es schon lange von linker wie von rechter Seite. In der Corona-Krise sind neben den Fragen der internationalen Mobilität, Migration und Freihandel auch Themen wie die Macht internationaler Konzerne oder die Anfälligkeit globaler Produktions- und Lieferketten dazu gekommen. Es wurde sichtbar, wie sehr wir bei vielen Produkten von anderen Ländern und dem Funktionieren von globaler Logistik und Arbeitsteilung abhängig sind. Zum Beispiel waren Schutzmasken und medizinische Ausrüstung bei uns längere Zeit nicht in ausreichender Zahl verfügbar, weil wir diese Produkte nicht in ausreichender Zahl in Österreich oder Europa herstellen. Das hat uns die Abhängigkeit von anderen deutlich vor Augen geführt. Die große Macht internationaler Konzerne gegenüber nationalstaatlichen Regierungen zeigt sich bei der Abwanderung von Betrieben oder in der Diskussion über Standortschließungen, die gerade im Jahr der Pandemie viele Menschen ihren Job gekostet haben. Die Diskussion über die

Rückverlagerung systemrelevanter Produktionszweige und darüber, wie die öffentliche Hand multinationalen Konzernen die Stirn bieten kann, steht erst am Anfang. Klar ist aber, dass Fehler im System sichtbar wurden, die Unsicherheit befördern.

DER AUTOR:

Georg Hubmann

ist Sozialwissenschaftler und leitet das Marie Jahoda – Otto Bauer-Institut. Viele spannende Hintergründe zu den angesprochenen Themen gibt es unter www.jbi.or.at



Arbeitsmarkt und Armut

Schon vor der Corona-Krise gab es wachsende Ungleichheit in der Arbeitswelt. Beispielgebend dafür ist die große Zahl an arbeitslosen Menschen. Die Corona-Krise hat die Arbeitsmarktsituation vieler Menschen verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit liegt bei fast zehn Prozent und die Aussicht, rasch wieder einen neuen Job zu finden, ist gering. Das zeigt zum Beispiel die immer weiter steigende Zahl der Langzeitarbeitslosen. Betroffen sind hier vor allem Ältere über 50 und junge Menschen, die am Beginn des Berufslebens stehen. Arbeitslosigkeit ist für viele ein Schock, denn mit den 55 Prozent Arbeitslosengeld vom Letztbezug können viele Haushalte gerade einmal die Fixkosten abdecken, zum Leben bleibt nicht mehr viel übrig. Der Weg in die Armut wird für die Betroffenen plötzlich Realität.

Auswirkungen auf die Demokratie

Die Ungleichheit in der Gesellschaft wird in der Pandemie noch deutlicher sichtbar: Superreiche wie Amazon-Chef Jeff Bezos machen plötzlich das Geschäft ihres Lebens, während vielen Menschen die Existenzgrundlage verloren geht. Das Wohlstandsversprechen, das die Gesellschaft über Jahrzehnte zusammengehal-

ten hat, gilt für viele nicht mehr. Sie sehen sich mit ihren Sorgen und Ängsten nicht mehr repräsentiert. Daraus wächst Protest gegen politisch Verantwortliche genauso wie gegen die Umtriebe des globalisierten Kapitalismus, der immer weniger Schranken kennt. Gerade rechte Organisationen versuchen diese Stimmungslagen für sich zu nutzen und daraus politisches Kapital zu schlagen. Der Sturm auf das Kapitol in Washington und ähnliche Szenen vor dem deutschen Reichstag in Berlin sind eine Warnung für alle demokratischen Kräfte.

Was tun?

Eine zentrale Zukunftsdiskussion ist jene über die Rolle des Staates. Die Corona-Krise hat nicht nur gezeigt, wie wichtig ein gut ausgebautes öffentliches Gesundheitssystem ist; jetzt ist auch die Sternstunde des Wohlfahrtsstaates. Um Zusammenhalt zu stärken und Menschen wieder mehr Sicherheit für die eigene Zukunft zu geben, gilt es, den Sozialstaat auszubauen und das soziale Netz zu stärken. Der Ausbau der Kinder-

„Jetzt ist auch die Sternstunde des Wohlfahrtsstaates.“

betreuung und die Reparatur der Sozialhilfe wären zum Beispiel entsprechende Schritte im Rahmen einer progressiven Agenda. Dazu braucht es massive öffentliche Investitionen über mehrere Jahre, auch um großen Herausforderungen wie dem Klimawandel begegnen zu können.

Zu einem aktiven Staat gehört auch eine industriepolitische Strategie, die in Form von Beteiligungen und Mitsprache der Belegschaft Regeln setzt. So kann die öffentliche Hand wieder Gestaltungsmacht gegenüber internationalen Konzernen erlangen. Um in einer globalisierten Welt Menschenrechte durchzusetzen, wäre die Einführung eines Lieferkettengesetzes auf europäischer Ebene ein wichtiger Schritt. Nur wenn es sanktionierbare Regeln für globales Wirtschaften gibt, wird Ungleichheit im globalen Maßstab weniger.

Sicherheit in Bezug auf das eigene Einkommen herzustellen, ist gerade in Zeiten von Rekordarbeitslosigkeit ein entscheidender Faktor. Die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf zumindest 70 Prozent wäre ein erster Schritt; noch wichtiger aber die Einführung einer Aktion 40.000 für Langzeitbeschäftigungslose oder einen Schritt weiter gedacht eine Jobgarantie. So lässt sich das Recht auf Arbeit und damit die Teilhabe an der Gesellschaft realisieren.

„Das Zeitfenster für grundlegende Änderungen ist offen - nutzen wir es!“

Der Kampf gegen Ungleichheit und Unsicherheit ist die zentrale Aufgabe für progressive Kräfte in der Corona-Krise und für die Zeit danach. Viele gute Konzepte liegen schon auf dem Tisch. Das Zeitfenster für grundlegende Änderungen ist offen - nutzen wir es!

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich



www.sparkasse-ooe.at

Die gespaltenen Staaten von Amerika

Wie es nach dem Fall Trumps mit seinem republikanischen Politik-Projekt weitergeht, ist offen. Fest steht: Die US-amerikanische Bevölkerung ist in politischen Fragen tief gespalten – selbst die kleine Gruppe der MilliardärInnen.

BERND DOBESBERGER

Die politisch einflussreiche Gruppe der US-amerikanischen MilliardärInnen lässt sich in zwei Fraktionen einteilen. In der einen Fraktion sind die VertreterInnen des altbekannten amerikanischen Neoliberalismus: schwacher Sozialstaat und niedrige Steuern für die Wohlhabenden, freie globalisierte Märkte bzw. freier Personenverkehr bei einer gleichzeitig diversen Gesellschaft, in der Benachteiligungen aus Gründen der Ethnie, der sexuellen Orientierung oder des Geschlechts beseitigt sind. Diese Fraktion bekennt sich auch zu Umweltschutz und Klimaretting sowie dem gegenwärtigen politischen System mit seinen Institutionen. In den vergangenen drei Jahrzehnten haben die SpitzenvertreterInnen der Demokratischen Partei im Wesentlichen eine Politik verfolgt, die diesen Vorstellungen entsprach. Daher hat diese Milliardärs-Fraktion für Joe Biden gestimmt und gespendet – laut dem Magazin „Forbes“ waren es rund 150 SpenderInnen.

Demgegenüber standen die 108 Trump-SpenderInnen. Diese Milliardärs-Fraktion könnte man als die „Antistaatlichen“ bezeichnen. Sie wollen nicht nur einen schwachen Sozialstaat, sondern auch einen massiven Rückbau des Staates mit der Privatisierung vieler bisher staatlicher Aktivitäten. Antistaatliche Ideen sind innerhalb der Republikanischen Partei nicht neu, aber erst Trump gelang es, damit ab 2016 ein politisches Projekt mit einem stabilen WählerInnenbündnis aufzubauen.

Das Politik-Projekt der TrumpistInnen

Die breite und in sich widersprüchliche Koalition aus Trumps WählerInnen wird von einer Politik mit zwei

Stoßrichtungen zusammengehalten. Erstens steht der Trumpismus für einen starken Rückbau des Staates. Im Sozial- und Gesundheitsbereich soll der Staat seine Rolle verlieren, genauso wie im gesamten Bildungsbereich. Stattdessen sollen private Angebote massiv an Bedeutung gewinnen. Der Staat soll außerdem nicht mehr regulierend in die Wirtschaft eingreifen, wie beispielsweise im Umweltbereich. Zweitens fußt der Trumpismus auf einer Abschottungsidee nach außen. Das reicht von der berühmt-berüchtigten Mauer zu Mexiko über die Strafzollpolitik bis zur Unterbindung von Migration und Einreiseerschwernissen für bestimmte Gruppen.

Soziologisch besteht die WählerInnenkoalition der TrumpistInnen erstens aus deklassierten, verarmten, weißen UnterschichtamerikanerInnen, zweitens aus vom sozialen Abstieg bedrohten, verschuldeten weißen Mittelschichtsangehörigen und drittens aus vielen, die gut verdienen (über hunderttausend Dollar pro Jahr). Letztere sind übrigens die einzigen, bei denen Trump 2020 einen größeren Wähleranteil als 2016 erreichte. Dazu kommt noch die quantitativ sehr, sehr kleine Gruppe der oben beschriebenen Milliardärs-Fraktion.

Das Wahlmotiv der deklassierten, weißen UnterschichtamerikanerInnen und der abstiegsbedrohten Mittelschichtsangehörigen ist die Opposition gegen die Eliten, den Mainstream und das herrschende System. Die GutverdienerInnen und MilliardärInnen wiederum stimmen für den Trumpismus, weil sie sich dadurch eine dauerhafte Steigerung und Absicherung der Profite versprechen. Dabei überlassen sie den Milizen, den rechtsradikalen Kirchen,

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



den rassistischen Organisationen, etc. das Spielfeld, damit diese das bisherige System beseitigen. Unter diesem Blickwinkel ist die politische Auseinandersetzung in den USA nicht nur eine Frage der Präsidentschaft, es ist eine Frage der Zukunft des politischen Systems.

Die Zukunft der Republikanischen Partei

Ob sich das Trump'sche WählerInnenbündnis nach dem nunmehrigen Ende der Ära Trump in der beschriebenen Zusammensetzung weiter aufrechterhalten lässt, ist derzeit noch unklar, war doch bisher das wichtigste einigende Band Trump selbst.

Auch die zukünftige politische Ausrichtung der Republikanischen Partei ist noch nicht endgültig festgelegt.

„Es ist davon auszugehen, dass die Republikanische Partei versuchen wird, die Ideologie und die Politik von Trump weiter fortzuführen.“

Vor 40 Jahren wurden unter Präsident Ronald Reagan Steuersenkung und Sozialabbau zum Mantra der Republika-

nerInnen. Mit der Tea-Party-Bewegung (eine US-amerikanische, anfangs liberale, später zunehmend rechtspopulistische Protestbewegung, die 2009 als Gegenbewegung zu Barack Obamas Wirtschaftspolitik entstand) erlangten in den letzten zehn Jahren die evangelikal-ChristInnen eine wachsende Rolle innerhalb der Partei. Mit Trump kam dann noch unter den Slogans „*Make America Great Again*“ (dt. „Amerika wieder groß(artig) machen“) und „*America First!*“ (dt. „Amerika zuerst!“) einerseits die Ablehnung der wirtschaftlichen Globalisierung und andererseits die Abschottung gegenüber MigrantInnen aus anderen Ländern dazu.

Es ist davon auszugehen, dass die Republikanische Partei versuchen wird, die Ideologie und die Politik von Trump weiter fortzuführen, da kein anderer für sie erfolgversprechender Politikansatz greifbar ist. Die unter den Präsidenten Reagan, Bush Senior und Bush Junior praktizierte Mischung aus neoliberaler Sparpolitik mit globalisierten Märkten und kriegerischer Militärpolitik ist derzeit nicht mehrheitsfähig. Zumindest potenziell mehrheitsfähig ist hingegen das WählerInnenbündnis

aus den oben genannten Gruppen, die Trump 2016 und 2020 wählten.

Green New Deal: Das mögliche Alternativprojekt

Sucht man nach einer Alternative zu der stark von Milliardärs-Fraktionen geprägten US-amerikanischen Politik im Interesse der Vielen, so ist dies die Forderung nach einem *Green New Deal*, die derzeit auch von Teilen

„Der Green New Deal will umfassenden Klimaschutz, eine Krankenversicherung für alle, die Erneuerung und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, kostenlose Bildung und sichere, gute Löhne.“

der Demokratischen Partei, wie zum Beispiel Bernie Sanders oder Alexandria Ocasio-Cortez, in den Vereinigten Staaten vertreten wird. Dieser *Green New Deal* will umfassenden Klimaschutz, eine Krankenversicherung für

alle, die Erneuerung und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, kostenlose Bildung und sichere, gute Löhne. Das geht aber nur mit einer deutlich

„Auch die zukünftige Ausrichtung der Demokratischen Partei ist ein umkämpftes Terrain.“

stärkeren Besteuerung der hohen Einkommen. Der *Green New Deal* ist daher heftig umstritten. Ein großer Teil der Wohlhabenden und Reichen unter den WählerInnen und SpenderInnen der Demokratischen Partei sieht im bisherigen Kurs des Parteiestablishments ihre Interessen viel besser aufgehoben. Nicht nur den RepublikanerInnen stehen daher innerparteiliche Auseinandersetzungen bevor. Auch die zukünftige Ausrichtung der Demokratischen Partei ist ein umkämpftes Terrain.

Die US-amerikanische Bevölkerung ist in politischen Fragen tief gespalten.



Wie rechtsextrem sind die Corona-Aufmärsche?

Bereits seit Monaten ist Oberösterreich gemeinsam mit der Steiermark einer der bundesweiten Hotspots der rechts dominierten Corona-Aufmärsche.

MICHAEL BONVALOT

„Friede, Freiheit, keine Diktatur!“, brüllen die TeilnehmerInnen des Aufmarschs in Vöcklabruck. Dass sie in einer Diktatur nicht so einfach marschieren könnten, fällt ihnen offenbar nicht auf. Daneben trägt ein Mann ein Schild mit der

Aufschrift „Wo ist die Pandemie?“. Eine klassische Verschwörungstheorie. Auf einem weiteren Schild die absurde Parole: „Kein Massenmord durch Impfpflicht“.

Das Jahr ist erst wenige Tage alt, als am 8. Jänner 2021 bis zu 1500 Menschen durch Vöcklabruck marschieren. Videos zum Aufmarsch sind in regionalen Medien zu finden. Und es ist keineswegs der einzige Ort, wo in Oberösterreich marschiert wurde und wird: Allein zwischen Anfang Jänner und

DER AUTOR:

Michael Bonvalot

ist Journalist, Autor und Vortragender mit Schwerpunkt Rechtsextremismus. Er schreibt für verschiedene Medien in Österreich und Deutschland sowie auf bonvalot.net.



Als schrullige Aluhut-TrägerInnen werden Corona-LeugnerInnen oft verharmlost. Dabei sind ihre Verbindungen zur extremen Rechten brandgefährlich.



Ende Februar 2021 gab es (oft mehrere) Aufmärsche in Linz am Hauptplatz und in Urfahr, in Wels, Steyr, Bad Ischl, Braunau, Freistadt, Gmunden, Grieskirchen, Kirchdorf an der Krems, Perg, Ried im Innkreis, Rohrbach, St. Florian, Schärding sowie in Vöcklabruck. Aufmärsche in den genannten Orten sind über einschlägige Mobilisierungsgruppen in sozialen Medien belegbar. Es ist gut möglich, dass es darüber hinaus noch weitere Aufmärsche gegeben hat.

Fix ist jedenfalls: Während sich die öffentliche Wahrnehmung oft auf Aufmärsche in großen Städten wie Wien, Linz oder Graz richtet, sind diese Aufmärsche dagegen real – in Relation zur Bevölkerung – in kleinen Orten viel größer. Und auch bei Aufmärschen in Städten wie Wien wird ein Gutteil der TeilnehmerInnen mit eigens angemieteten Bussen angekarrt. Die Mobilisierung ist dabei beachtlich, wie das Beispiel Vöcklabruck mit 1500 TeilnehmerInnen zeigt. Dort leben gerade etwas mehr als 12.000 Menschen. Zum Vergleich: In Linz wären das bei gleicher Relation über 25.000 Personen,

„Dass die Mobilisierung im ländlichen Raum so viel größer ist, ist nicht zuletzt ein Spiegel des reaktionären und rechten Charakters der Proteste.“

in Wien sogar knapp 240.000. Dass die Mobilisierung im ländlichen Raum so viel größer ist, ist nicht zuletzt ein Spiegel des reaktionären und rechten Charakters der Proteste.

Die Vernetzung: Online und extrem rechts

Organisiert werden die Aufmärsche vor allem über das soziale Netzwerk Telegram. Wer dort den Begriff „Oberösterreich“ eingibt, bekommt inzwischen als erstes die einschlägige Gruppe „Oberösterreich steht auf“ vorgeschlagen. Zusätzlich gibt es für Oberösterreich noch mindestens 11 regionale Gruppen für einzelne Orte und Bezirke. In ganz Österreich sind es inzwischen vermutlich weit über 100 solche Gruppen. In der größten bundesweiten Gruppe lesen mit Stand Ende Februar rund 12.600 Personen mit. In diesen Telegram-Gruppen

werden allerdings nicht nur Aufmärsche geplant. Dort werden auch fast im Minutentakt abstruse Verschwörungstheorien sowie extrem rechte und neofaschistische Inhalte verbreitet. Widerspruch gegen diese Propaganda ist in den Gruppen nicht zu bemerken.

Auch „Oberösterreich steht auf“ ist hier keine Ausnahme. Dort finden sich etwa regelmäßig Artikel der extrem rechten und FPÖ-nahen Plattformen „Wochenblick“ und „Info Direkt“ (die beide in Oberösterreich herausgegeben werden). Der rechte „Wochenblick“ muss dabei inzwischen bundesweit als so etwas wie das Zentralorgan der Corona-LeugnerInnenszene gelten – übrigens gemeinsam mit dem Sender „Servus TV“ des rechtsdrehenden Brausemilliardärs Didi Mateschitz. Nur folgerichtig, dass einer der OrganisatorInnen des Aufmarschs von Vöcklabruck im „Wochenblick“ seine Theorien ausführlich und „exklusiv“ zum Besten geben darf.

FPÖ-nahe Plattformen im Netz und Neonazis auf der Straße

Doch nicht nur die beiden FPÖ-nahen Plattformen werden auf „Oberösterreich steht auf“ beworben. Dort finden sich auch Inhalte des deutschen rechtsextremen Magazins Compact, der einschlägigen „Reichsbürger“ oder der neofaschistischen Gruppe „Identitäre“ sowie ihrer Tarnorganisation „Die Österreicher“. Sogar der österreichische Ableger der rechten US-amerikanischen Verschwörungsbewegung QAnon ist vertreten. Kurz gesagt behauptet diese – klassisch antisemitische – Verschwörungstheorie, dass liberale Eliten entführte Kinder ermorden würden, um aus ihrem Blut eine Verjüngungsdroge zu gewinnen. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump sei der Anführer des Kampfes gegen diese angeblichen Entführungen.

Und schließlich finden sich in den einschlägigen Gruppen regelmäßig Postings von Führungsfiguren der Szene. Vor allem zu nennen ist hier Martin Rutter, der aktuell als Corona-verharmlosender Wanderprediger durch ganz Österreich tingelt. Auch in Oberösterreich ist er schon aufgetreten, etwa Mitte Jänner in Braunau. Der Kärntner ist in einschlägigen Kreisen kein Unbekannter: Bei der National-

ratswahl 2019 war Rutter Spitzenkandidat der – nur noch in Spurenelementen vorhandenen – FPÖ-Abspaltung BZÖ. Und bereits 2017 schaffte er das Kunststück, aufgrund seiner einschlägigen Positionen sogar vom rechtsextremen Ulrichsbergstreifen eingeladen zu werden.

„Der rechte Organisationsgrad der Aufmärsche sollte dabei nicht unterschätzt werden.“

Auf der Straße geben Figuren wie Rutter dann oftmals mit Megaphon den Takt vor. Der rechte Organisationsgrad der Aufmärsche sollte dabei nicht unterschätzt werden. Dort findet sich gegenwärtig das gesamte Spektrum der extremen Rechten wieder: Von FPÖ-FunktionärInnen und Burschenschaftlern über die neofaschistischen „Identitären“ bis hin zu den Neonazi-Strukturen rund um Gottfried Küssel.

„Nicht alle Personen, die an diesen Aufmärschen teilnehmen, sind automatisch rechtsextrem. All diese Personen nehmen aber mindestens in Kauf, dass sie sich gemeinsam mit Rechtsextremen und Neonazis organisieren.“

Nicht alle Personen, die an diesen Aufmärschen teilnehmen, sind damit automatisch rechtsextrem. Doch inzwischen ist ausführlich dokumentiert, wer dort marschiert. Wer sich an Aufmärschen und in einschlägigen Gruppen beteiligt, weiß Bescheid. All diese Personen nehmen also mindestens in Kauf, dass sie sich gemeinsam mit Rechtsextremen und Neonazis organisieren. Und das ist brandgefährlich.

Europas Rechtsstaatlichkeit in Gefahr

Manche EU-Mitgliedsstaaten, wie Polen und Ungarn, entfernen sich zusehends von der europäischen Rechte- und Wertegemeinschaft. Damit gefährden sie Europas Rechtsstaatlichkeit.

REBECCA KAMPL

Die Europäische Union ist eine Rechte- und Wertegemeinschaft. Die gemeinsamen Werte sind in Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) verankert und bilden Primärrecht der Europäischen Union. Alle Mitglieder der Europäischen Union sind somit verpflichtet, die europäischen Werte, auf die wir uns in Europa rechtlich verständigt haben und die wir in unseren Verträgen verankert haben, zu respektieren. Dazu zählen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grund- und Menschenrechte. In den letzten Jahren hat sich aber gezeigt, dass diese Werte gerade jenen Regierungen in Europa ein Dorn im Auge sind, die kein Interesse an einem starken multilateralen Europa haben.

Gerade in Polen und Ungarn beobachten wir die systematische Missachtung von Grundrechten und rechtsstaatlichen Grundprinzipien, wie beispielsweise die Unabhängigkeit der Justiz. In Ungarn besteht quasi keine Pressefreiheit mehr; Anfang Februar 2021 musste auch eines der letzten unabhängigen

Alle Mitglieder der Europäischen Union sind verpflichtet, die europäischen Werte, auf die wir uns in Europa rechtlich verständigt haben und die wir in unseren Verträgen verankert haben, zu respektieren.



Radios, das Klubradio, schließen. Die Medien sind längst in der Kontrolle der Regierung. In Polen gehen seit Mona-

„Gerade in Polen und Ungarn ist die systematische Missachtung von Grundrechten und rechtsstaatlichen Grundprinzipien zu beobachten.“

ten tausende Menschen auf die Straße, um gegen die – von der Regierung in Schnellverfahren vorbereiteten – Verschärfungen im Zugang zu Abtreibungen zu demonstrieren. Zudem wurde durch „Justizreformen“ die Unabhängigkeit der RichterInnen abgeschafft und polnischen RichterInnen ist es per Gesetz untersagt, den Europäischen Gerichtshof anzurufen. In beiden Ländern wird die Zivilgesellschaft schikaniert und mit Repressionen belegt. Selbst Universitäten wurden bereits vertrieben, wie das Beispiel der ungarischen Central European University (CEU) zeigt, die nun in Wien ihren Sitz hat. Sogar die Corona Krise wurde von der Orban Regierung dazu benutzt, das Parlament außer Kraft zu setzen und sich als Regierungschef erneut weitgehende Vollmachten zu sichern.

Die Rechtsstaatlichkeit ist eng verbunden mit der rechtlichen Entstehung der Europäischen Union als Rechte- und Wertegemeinschaft. Dennoch fehlt bis heute eine klare Antwort darauf, wie ein Abbau von rechtsstaatlichen Strukturen

DIE AUTORIN

Rebecca Kampl

ist seit 2011 im Europäischen Parlament als parlamentarische Assistentin für die im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) vertretenen österreichischen Abgeordneten der SPÖ im Europäischen Parlament tätig.



in den Mitgliedsstaaten wirkungsvoll verhindert werden kann. Das Europaparlament fordert seit Jahren verbindliche Maßnahmen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte. Kommis-

„Das Europaparlament fordert seit Jahren verbindliche Maßnahmen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte.“

sionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich die Zustimmung von Ungarn und Polen zu ihrer Kommission 2020 dadurch gesichert, dass sie versprochen hat, die Rechtsstaatlichkeits-Verfahren zu verschleppen. Die Rechnung wurde ohne das EU-Parlament gemacht.

Es bleibt zu hoffen, dass der Einsatz der einzig direkten gewählten Institution nicht abbricht. Einen großen Erfolg konnte das EU-Parlament mit der verpflichtenden Bindung von EU-Mitteln an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit im Finanzrahmen erreichen. Um die Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte in Europa zu stärken und zu erhalten, sind aber noch viele weitere Erfolge notwendig.

Das Wort als Keil

Wie Rechtsextreme mit Sprache die Gesellschaft spalten.

NATASCHA STROBL

Eine Krise zeichnet sich durch sehr viel Gegenwart aus. Die Vergangenheit ist kaum mehr greifbar und die Zukunft in weiter Ferne. Die Gegenwart übt einen gnadenlosen Druck aus. An einem Tag oder in einer Woche passiert so viel, dass es kaum noch zu fassen und zu verarbeiten ist. Es ist genau in so einer Zeit, dass die Rationalisierungen über das, was da geschieht auseinanderdriften. Kann eine Krise nicht schnell solidarisch bearbeitet werden, so fragmentiert sich die Realität in viele Parallelrealitäten, die scheinbar nebeneinander existieren und kaum noch Übereinstimmung haben.

„Kann eine Krise nicht schnell solidarisch bearbeitet werden, so fragmentiert sich die Realität in viele Parallelrealitäten, die scheinbar nebeneinander existieren und kaum noch Übereinstimmung haben.“

Gegeneinander statt Miteinander

In genau so einer krisenhaften Zeit versuchen Rechtsextreme, die Zukunft für sich zu gewinnen. Ihr wichtigstes Mittel: Spaltung und Polarisierung. Es gibt nur schwarz oder weiß. Hop oder top. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Wir leben in einer hypermedia-

„Sprache wird zur wichtigsten Waffe der extremen Rechten.“

lisierten Welt. JedeR von uns hat ein Smartphone oder konsumiert Soziale Medien oder Nachrichtensendungen

bzw. Zeitungen. Sprache wird so zur wichtigsten Waffe der extremen Rechten. Das ist keine neue Strategie, ein Teil der extremen Rechten arbeitet seit über 40 Jahren an ausgefeilten Diskursstrategien, um unser Denken zu beeinflussen. Mit dem Aufkommen der Sozialen Medien hat sich dieser Vorgang noch einmal beschleunigt. Ziel ist es nicht mehr, an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen teilzunehmen, sondern demokratischen Diskurs zu verunmöglichen. Diese Diskurszerstörungsstrategien zeigten sich schon in der Flüchtlingskrise 2015/16. Mit der weltweiten Corona-Pandemie wurden sie noch einmal intensiviert. Das Interessante dabei ist, dass es sich um eine globalisierte Diskurszerstörung handelt, die in vielen Teilen der Welt gleich abläuft. Im Internet gibt es schließlich keine Grenzen.

Verschwörungsdenken

Verschwörungsideologien, wie der QAnon-Mythos, sind zur wichtigsten Treiberin dieser Art der polarisierenden Diskurszerstörung geworden. Verschwörungsideologien erschaffen eine Parallelrealität, die sich auch in einer aggressiven und gewaltbereiten Sprache niederschlägt. Sie ist geprägt von einem einfachen Gut-Böse-Weltbild, in der das Böse geheim, hinterhältig und weltumspannend agiert, während man selbst das ungetrübte Gute repräsentiert. So sind auf den entsprechenden Demonstrationen Rufe nach dem Einsperren von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen zu hören. Nicht weniger als der Untergang der uns bekannten Welt

DIE REZENSENTIN:

Natascha Strobl

ist Politikwissenschaftlerin und Expertin für Rechtsextremismus und die Neue Rechte. Sie ist Mitautorin eines Fachbuchs über Strategien und Ziele der Identitären Bewegung in Europa.



und ein great reset (dt. etwa „der große Neustart“) stehen bevor. Das sind sprachliche Eskalationen, die ein apokalyptisches Weltbild präsentieren.

Die Antwort auf so eine sprachliche Polarisierung darf nie sein, ihr nachzugeben und sie zu bestätigen. Viel wichtiger ist es, den Boden der Demokratie und der Solidarität zu verteidigen. Denn, wenn man einmal die Sprache verliert und eine andere akzeptiert, dann verliert man auch die Realität und wacht in einer autoritären Zukunft auf.

In einer hypermedialisierten Welt, in der jedeR ein Smartphone hat und Soziale Medien konsumiert, wird Sprache zur wichtigsten Waffe der extremen Rechten.



Großbritannien: Ein gespaltenes Königreich

Nicht der Brexit hat einen Keil in die britische Gesellschaft getrieben, sondern die tiefgreifende Spaltung der Gesellschaft hat zum Brexit geführt. Diese zu überwinden, ist nicht einfach.

MELANIE SULLY

Es war nicht der Brexit, der die Gesellschaft in Großbritannien gespalten hat. Das passierte schon vorher, mit einer Spaltung in die Regionen Nord und Süd, zwischen den Nationen, wie beispielsweise Schottland, in Vermögende und weniger Vermögende und zwischen der Hauptstadt London und dem Rest von Großbritannien. Seit jeher besteht das Vereinigte Königreich aus einer privilegierten Elite und dem Rest der Gesellschaft, der in den vergangenen Jahrzehnten weiter an Boden verloren hat.

Ein leeres Podest blieb als Mahnmahl zurück, nachdem *Black Lives Matter*-Aktivistinnen die Statue eines SklavInnenhändlers im Hafen von Bristol versenkt hatten.



Bild: Carlin Hobbs, wikimedia.org

Diese Spaltung der Gesellschaft ließ sich über die Jahre nicht verringern, sondern vertiefte sich sogar noch durch die Corona-Pandemie. Jene Teile der Gesellschaft, die schon vor dem Ausbruch der Krise unterrepräsentiert waren, wie ethnische Minderheiten, die Jugend oder Frauen, wurden noch mehr an den Rand gedrängt. Die Lebenserwartung und der Gesundheitszustand können nicht selten anhand der Postleitzahl bestimmt werden.

Der Brexit war Ausdruck von Frustration und Hilflosigkeit. Keiner „von denen da oben“ hörte tatsächlich zu. Nicht Wenige hatten daher die Hoffnung aufgegeben, dass die Demokratie tatsächlich zu ihrem Vorteil wäre.

Offensichtlich wurde dies, als vergangenes Jahr die Statue eines SklavInnenhändlers in Bristol im Südwesten Englands

rüde im Hafen versenkt wurde. Dem vorausgegangen war eine langjährige Forderung, die Statue zu entfernen. Der direkt gewählte Bürgermeister der Stadt, seines Zeichens selbst aus einer Familie mit Migrationshintergrund, schreckte vor der Entfernung der Statue zurück, aus Angst, sich den Unmut der weißen konservativen Bevölkerung zuzuziehen. Das ließ Viele mit dem Gefühl zurück, nicht einmal ein Bürgermeister, der „einer von ihnen“ sei, könnte ohne Aufstand für Ver-

DIE AUTORIN:

Die britische Politologin **Dr. Melanie Sully** war langjährige Professorin an der Diplomatischen Akademie und leitet das *Go-Governance* Institut in Wien.



änderung sorgen. Die Schlussfolgerung von alledem: Man müsse das Gesetz selbst in die Hand nehmen.

Als direkte Folge der Demontage der Statue wurden dann schließlich eine berühmte Schule und eine Konzerthalle der Stadt, die nach dem SklavInnenhändler benannt waren, umbenannt. Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle bleiben, dass der nun in Ungnade gefallene Mann seinerzeit einen Gutteil seines Vermögens philanthropischen Zwecken gewidmet hatte, um weniger Begüterten unter die Arme zu greifen.

Die Debatte über die britische imperiale Vergangenheit wurde bisher nur spärlich geführt. Jene, die diese Vergangenheit als eine glorreiche Epoche hochhalten, klammern sich an dreist patriotische bis chauvinistische Lieder, wie beispielsweise „*Land of Hope and Glory*“ oder „*Rule Britannia*“. Die Bildung spielt auch hier eine gewichtige Rolle. Dennoch bleibt die Frage, wie die gänzliche Verdammung der imperialen Ära vermieden werden kann, da dies zweifelsohne zu einer noch größeren Spaltung der Gesellschaft führen würde.

Der Brexit war vielmehr der Ausdruck einer tief gespaltenen Gesellschaft als ihre Ursache. Diesen Graben hat die Corona-Pandemie nun noch weiter aufgerissen. Eine Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung in nächster Zukunft erweist sich in diesem Umfeld als zunehmend schwieriges Unterfangen.

Wie impft Südosteuropa?

Nicht nur in Österreich dreht sich alles um die Lieferengpässe von Impfdosen, sondern auch in Südosteuropa. Serbien geht daher einen Sonderweg.

MERIMA ZUKAN

Während man in Europa immerhin langsam mit dem Impfprozess vorankommt bzw. zumindest in nächster Zukunft weitere Impfdosen erwartet, stehen einigen Ländern auf dem Balkan noch kaum Impfdosen zur Verfügung.

Noch kein Impfstoff in Sicht

Ende Jänner waren Bosnien-Herzegowina wie auch Kosovo und Montenegro Teil der wenigen Länder in

„Ende Jänner waren Bosnien-Herzegowina wie auch Kosovo und Montenegro Teil der wenigen Länder in Europa, die mit den Impfungen gegen Covid-19 noch nicht angefangen hatten.“

Europa, die mit den Impfungen gegen Covid-19 noch nicht angefangen hatten. Vor allem Bosnien-Herzegowina hat aufgrund seiner komplizierten Staatsstrukturen mit der Beschaffung von Impfstoffen zu kämpfen. Dabei ist kein zentral zuständiges Gesundheitsministerium für die Pandemiebekämpfung verantwortlich, sondern dreizehn regionale GesundheitsministerInnen. Dementsprechend dauerte auch die Entscheidung darüber, welche Impfstoffe zu bestellen sind, länger.

Genauso wie Bosnien-Herzegowina hat auch der Kosovo noch nicht mit den Impfungen gestartet. Selbst das medizinische Personal wurde kaum geimpft. Einigen Angaben zufolge haben beide Länder über die Impfstoffplattform COVAX Dosen bestellt; wann und ob die Dosen geliefert werden, ist noch ungewiss.

Auch Montenegro scheint mit der Beschaffung große Probleme zu haben. Obwohl das Land besonders schwer

vom Corona-Virus getroffen ist, fällt die Impfbereitschaft außerdem eher gering aus. Laut einer Umfrage im Dezember 2020 würden sich nur knapp 40 Prozent der Bevölkerung impfen lassen.

Serbien als Impfvorreiter

Um den europaweiten Impfstoff-Engpässen zu entgehen, setzt Serbien auf Lieferungen der in der EU nicht zugelassenen Impfstoffe aus Russland und China.

In einem Fernsehauftritt meinte der serbische Präsident Aleksander Vucic, dass Atomwaffen heutzutage leichter zu besorgen seien als Impfstoffe. Dabei kritisierte er nicht nur die mangelnde Solidarität in Europa, sondern auch einige westliche Länder dafür, dass diese fünfmal mehr Impfstoff bestellt hatten als die EinwohnerInnenzahl ihrer Länder betrug.

Aufgrund von Lieferengpässen bei BioNTech/Pfizer setzt Serbien auf chinesische Impfstoffe sowie auf den russischen Impfstoff Sputnik. Dadurch liegt Serbien bezogen auf die Zahl der geimpften BürgerInnen pro 100 EinwohnerInnen im europäischen Vergleich sehr weit vorne. Trotz der in Serbien vorherrschenden Corona-Skepsis, die vor allem in den sozialen Netzwerken und anfangs auch von der serbischen Regierung selbst verbreitet wurde, steigt die Impfbereitschaft an und immer mehr BürgerInnen melden sich über eine digitale Plattform für eine Impfung an.

China liefert, statt nur zu versprechen

Das EU-Missmanagement bei der Impfstoffbeschaffung haben Russland und China genutzt, um ihren Ein-

DIE AUTORIN:

Merima Zukan

ist seit 2017 Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Linz.



fluss am Balkan zu stärken. Dabei gerät die EU immer mehr in die Defensive. Auch in Bosnien-Herzegowina gibt es

„Das EU-Missmanagement bei der Impfstoffbeschaffung haben Russland und China genutzt, um ihren Einfluss am Balkan zu stärken.“

bereits Überlegungen, den russischen und chinesischen Impfstoff zu besorgen, um schnellst möglich mit der Impfung beginnen zu können.

Serbien liegt bezogen auf die Zahl der geimpften BürgerInnen pro 100 EinwohnerInnen im europäischen Vergleich sehr weit vorne, weil es auf chinesische und russische Impfstoffe setzt.



Junge Generation OÖ

Europageflüster

Aufgrund der aktuellen Situation mussten wir unsere Europa Edition der Geflüster online durchführen. Das Geflüster entwickelte sich demnach zu einer online Diskussion, die wir auf Facebook abhielten. Als GesprächspartnerInnen dafür konnten wir Maria Berger, ehemalige Justizministerin, Europa-parlamentarierin und EuGH-Richterin, sowie Andreas Schieder, Mitglied des europäischen Parlaments und SPÖ-Delegationsleiter für uns gewinnen.



Jahoda-Bauer-Institut/Landesbildungsorganisation/GfK

Matinee zum 12. Februar 1934

Bereits seit 5 Jahren wird immer rund um den Jahrestag des 12. Februar 1934 von der Gesellschaft für Kulturpolitik Oberösterreich, dem Jahoda-Bauer-Institut, der SPÖ-Bildung und der SPÖ OÖ eine Matinee im Central veranstaltet. Im heurigen Jahr – wenig überraschend – als Livestream im Internet. Und sie war diesmal, anlässlich der 140. Wiederkehr seines Geburtstages, Otto Bauer gewidmet und stand unter dem Titel „Den Bernaschek will ich sprechen!“.

Dieser Veranstaltungstitel stammt aus dem Roman „Ida“, dabei wird Otto Bauer zitiert, der am Abend des 11. Februar 1934 versucht, telefonisch Richard Bernaschek in Linz zu erreichen. Auf drei Ebenen wurde bei dieser Matinee der Rolle Otto Bauers gedacht: Seine Urgroßnichte hat mit „Ida“ ihrer Urgroßmutter und auch ihrem Urgroßonkel Otto Bauer ein Denkmal gesetzt, daraus wurden Auszüge gelesen. Dann wurden kurze Ausschnitte aus dem umfangreichen Werk Otto Bauers präsentiert. Letztendlich wurden diese Zitate in die jeweilige Situation eingeordnet und so das politische Leben und das theoretische Werk Bauers verdeutlicht.



Bild: Reinhard Winkler

Die diesjährige Matinee war, anlässlich der 140. Wiederkehr seines Geburtstages, Otto Bauer gewidmet und stand unter dem Titel „Den Bernaschek will ich sprechen!“.

Sozialistische Jugend OÖ

Menschlichkeit leben – Elendslager evakuieren!

In Europa sind gerade tausende Menschen, welche vor Krieg, Folter und Gewalt fliehen, in menschenunwürdigen Lagern gestrandet. Egal ob auf den griechischen Inseln oder in den Wäldern von Bosnien, die Menschen kämpfen derzeit bei Minusgraden um ihr Überleben. Vor Ort gibt es meist nicht ausreichend Trinkwasser, warmes Essen oder medizinische Versorgung.

Die ÖVP rühmt sich schon länger damit „Hilfe vor Ort“ zu leisten. Diese Hilfe kommt laut lokalen Organisationen und öffentlichen Stellen aber gar nicht an. Die rechte Politik der Regierung zwingt Menschen, darunter viele Kinder, dazu bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt und während einer Pandemie in einfachen Zelten oder in Wäldern unter Plastikplanen



zu schlafen. Diese Politik wird unweigerlich zu noch mehr Toten auf europäischem Boden führen. Die Menschenrechte von Flüchtenden müssen endlich ernstgenommen, die Elendslager evakuiert und legale Fluchtmöglichkeiten geschaffen werden.

SPÖ Frauen OÖ/Kinderfreunde OÖ/Sozialistische Jugend OÖ/Junge Generation OÖ

Kostenfreie, ganztägige und ganzjährige Kinderbetreuung in ganz Oberösterreich!

Am 28.01. versammelten sich die SPÖ Frauen Oberösterreich, die Kinderfreunde Oberösterreich, die Sozialistische Jugend und die Junge Generation Oberösterreich und Landesrätin Birgit Gerstorfer zur Kundgebung vor dem Linzer Landhaus, um ein starkes Zeichen gegen die im Jahr 2018 eingeführte Kindergarten-Nachmittagsgebühr zu setzen.

„Die Zeit im Kindergarten ist der Grundstein für eine gesunde Zukunft. Sie gilt folglich als die wichtigste Entwicklungsphase im Leben – jene, die die künftigen Erwachsenen prägt und somit auch die Gesellschaft von morgen“, so Vorsitzende Renate Heitz.



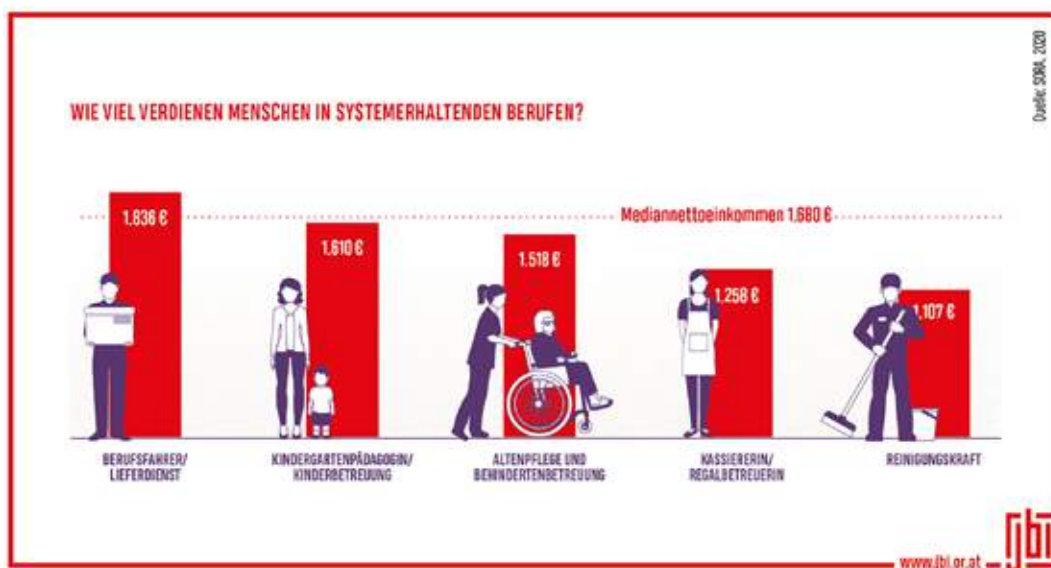
Kundgebung vor dem Linzer Landhaus

Jahoda-Bauer-Institut

Wer verdient eigentlich wieviel?

Wieviel verdienen Menschen in systemerhaltenden Berufen? Warum gibt es besonders viele Frauen in diesen Branchen? Können sie sich ihre Mieten leisten? Und warum grassiert Altersarmut unter Frauen besonders stark? Wie steht es allgemein um die Verteilung des Reichtums in unserem Land?

Die neue Broschüre „Faktencheck: So ist das Leben“ des Marie Jahoda – Otto Bauer Instituts gibt auf diese und viele andere Fragen Antworten mit Zahlen, Daten und Fakten. In der Broschüre finden sich viele fortschrittliche Vorschläge für ein besseres Zusammenleben - kompakt und verständlich für Alle. Willst Du dir einen Überblick über die Lebenslagen in Österreich verschaffen?



Dann schreib einfach eine Mail an office@jbi.or.at. Wir senden Dir unsere neue Broschüre gerne zu. Sie steht zusätzlich auf www.jbi.or.at zum Download bereit.



Mehr dazu auf <https://pregarten.spooe.at/chronik/>

100 Jahre SPÖ Pregarten

Die Älteren kennen noch die Telefonbücher: großformatig, dick und eng bedruckt. Das vom Parteichronisten Andreas Prandstötter erstellte Buch zur 100jährigen Geschichte der Sozialdemokratie in Pregarten erinnert an ein derartiges Telefonbuch: großformatig, dick und eng bedruckt. Aber es ist doch ganz anders. Es ist voller Geschichten, Bilder und lebendigen Erinnerungen! Es berichtet von der Gründung der Partei und reicht (fast) bis zum Heute. Es ist auch nicht nur eine Geschichte der SPÖ, es ist ein wesentlicher Teil der Entwicklung von Pregarten.



CampaignCamp der SPÖ Oberösterreich

DER WAHLKAMPF WARTET NICHT!

An alljene Menschen – von Abgeordneten über Bürgermeister*innen und Gemeinderät*innen bis zu engagierten Mitgliedern –, die im Wahlkampf aktiv sein wollen, wandte sich Ende Februar das CampaignCamp. Das CampaignCamp wurde erstmals online abgehalten, über 145 Aktivist*innen waren dabei und absolvierten unterschiedliche Workshops. Fulminanter Schlusspunkt des Tages waren die inspirierenden Worte des Traiskirchner Bürgermeisters Andreas Babler, der Lust auf den kommunalen Wahlkampf machte.

Online kann richtig gut sein. Das bewies das CampaignCamp mit Landesparteivorsitzender Birgit Gerstorfer, Landesgeschäftsführer Schorsch Brockmeyer, kompetenten Trainer*innen, Bürgermeister Andreas Babler und vielen engagierten Teilnehmer*innen.



Renner Institut OÖ

Online, online, online

Seminare, Workshops, Trainer*innen-Treffen, Arbeitssitzungen, Online-Werkstätten, Konferenzen – das vergangene Jahr hat einen enormen Boost gebracht, was unsere digitale Kompetenz anbelangt. Was vor einem Jahr noch schwer durchführbar und technisch nicht ausgereift erschien, ist mittlerweile Standard. Videokonferenzen und Teamssitzungen gehö-

ren – mit allen Vor- und Nachteilen – zum Alltag. „Im Namen des Renner Instituts OÖ möchte ich mich bei all unseren Seminar- und Veranstaltungsteilnehmer*innen herzlich für die bewiesene Flexibilität und die hohe Lernbereitschaft bedanken,“ freut sich RI Landesstellenleiterin Annemarie Obermüller über den großen Zuspruch zu den digitalen Angeboten.

Die Kompetenz für digitale Anwendungen ist im letzten Jahr extrem gestiegen.

